

Herausgeber

Heinrich Bechtoldt

Herbert von Borch

Walter Hallstein

Kurt Georg Kiesinger

Klaus Ritter

Walter Scheel

Helmut Schmidt

Richard von Weizsäcker

AUSSEN POLITIK

**Zeitschrift für
internationale
Fragen**

Gerhard Wettig

Einvernehmen über eurostrategische Rüstung?

Max Hartmann

Am Scheideweg zur künftigen Europa-Politik?

Carl A. Ehrhardt

Die EG im Netz ihrer bilateralen Abkommen

Werner Weidenfeld

Europa vor den neuen Krisen der Weltpolitik

Eckart Klein

Aktuelle Bedeutung des Deutschland-Vertrages

Walter Schilling

Neue Strukturen der MBFR-Verhandlungen

Ulrich Schweinfurth

Neuseeland im Pazifik und Antarktis

Werner Handke

Der Konfliktherd in Indiens Nordost-Region

Klaus Frhr. von der Ropp

Ungewißheiten im südlichen Afrika

Vol. 31

4/80

4. Quartal 1980 Verlagsort Hamburg DM 12,50

ISSN 0587-3835

**INTERPRESS
Übersee-Verlag GmbH
Hamburg**

AUSSEN POLITIK

Zeitschrift für internationale Fragen

Jg. 31 4. Quartal 1980

Gerhard Wettig Einvernehmen über eurostrategische Rüstung?	347
Max Hartmann Am Scheideweg zur künftigen Europa-Politik?	358
Carl A. Ehrhardt Die EG im Netz ihrer bilateralen Abkommen	372
Werner Weidenfeld Europa vor den neuen Krisen der Weltpolitik	386
Eckart Klein Aktuelle Bedeutung des Deutschland-Vertrages	394
Walter Schilling Neue Strukturen der MBFR-Verhandlungen	406
Ulrich Schweinfurth Neuseeland im Pazifik und Antarktis	415
Werner Handke Der Konflikt in Indiens Nordost-Region	427
Klaus Frhr. von der Ropp Ungewißheiten im südlichen Afrika	438

Der Auflage liegt ein Prospekt der NOMOS Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, bei.

HERAUSGEBER: Heinrich Bechtoldt, Herbert v. Borch, Walter Hallstein, Kurt Georg Kiesinger, Klaus Ritter, Walter Scheel, Helmut Schmidt, Richard von Weizsäcker.

REDAKTION: Geschäftsführender Herausgeber Prof. Dr. Heinrich Bechtoldt, 7 Stuttgart-Hohenheim, Schloß, Telefon (07 11) 45 01 26 28.

Beiträge in dieser Zeitschrift geben jeweils die persönliche Meinung des Verfassers wieder. Nachdruck und Vervielfältigungen nur mit Genehmigung der Redaktion.

VERLAG: INTERPRESS-Übersee Verlag GmbH, Schöne Aussicht 23, D-2000 Hamburg 76, Telefon 2 28 52 26. Verleger: Friedrich Reinecke, Anzeigen: Z. Z. ist Preisliste Nr. 10 gültig. Druck: Druck- und Verlagshaus Friedrich Pörtner, Kapitän-Dallmann-Straße 41-43, D-2820 Bremen-Nord.

BEZUGSPREISE: Jahresabonnement DM 50,-, Studenten DM 40,-, zuzügl. Versandkosten. Preis des Einzelheftes DM 12,50. Abbestellungen 6 Wochen vor Quartalsschluß.

Ungewißheiten im südlichen Afrika

Der große Schritt, der für die Entwicklung im südlichen Afrika mit der Unabhängigkeit Zimbabwes vollzogen wurde, hat bis jetzt zu keinen konkreten Schlußfolgerungen in den anderen noch problematischen Teilen dieses Raumes geführt. Die »Konstellation von Staaten«, die Ministerpräsident Botha im vorigen Jahr vorschlug, fand kein Echo. Und die »Anti-Konstellation«, die die Frontstaaten gegen Südafrika aufrichten möchten, würde zu einer schweren Belastung für jeden von ihnen führen, da ihre inneren politischen und ökonomischen Schwierigkeiten anhalten und sie im Falle kriegerischer Auseinandersetzungen mit schweren Gegenschlägen aus dem Süden rechnen müßten. Dr. Klaus Frhr. von der Ropp, von der Stiftung Wissenschaft und Politik in Bonn, geht von diesem Rahmen aus, um die Frage zu stellen, ob Südafrika doch noch aus der Alternative einer Revolution von Oben oder einer Revolution von Unten herauskommen kann. In Südafrika selbst ist der religiöse Glaube an die Richtigkeit des vor Jahrzehnten eingeschlagenen Weges erschüttert. Es gibt die Einsicht, daß der *status quo* durch eine Umverteilung von politischer Macht und Eigentum überwunden werden sollte, freilich mit Absicherung des Existenzrechtes der Weißafrikaner in einer neuen Ordnung. Dieses aber gerade lehnen die Schwarzafrikaner zunehmend ab, der weiße Rassismus hat einen schwarzen Rassismus heraufbeschworen und zu einem zentralen Machtfaktor gemacht. Wenn weiterhin alle Reformansätze nur Scheinansätze bleiben und keine konkreten Pläne und Maßnahmen folgen, rückt die Gefahr einer gewaltsamen Auseinandersetzung um die Teilung des Landes näher. – Der Verfasser knüpft mit dem folgenden Artikel an eine Reihe früherer Beiträge zu Problemen des südlichen Afrika in dieser Zeitschrift an. Siehe »Afrikas Süden zwischen Neuordnung und Chaos« und »Neue und alte Spannungsfelder im Süden Afrikas« in »Außenpolitik« 1979/2, S. 221 ff und 1980/1, S. 101 ff. Der Autor legt seine persönlichen Auffassungen dar.

I. Südafrika im Schatten asiatischer Krisen

Die Doppelkrise im Südwesten Asiens und ihre Auswirkungen auf das Verhältnis zwischen Ost und West wie auch die Entwicklungen in Südostasien haben das Interesse der internationalen Öffentlichkeit an den Geschehnissen im südlichen Afrika erstmals seit Mitte der 70er Jahre wieder geringer werden lassen. So ist auffällig, daß der Europäische Rat der Staats- und Regierungschefs auf seiner jüngsten Tagung in Venedig (Juni 1980) zu den Problemen Südafrikas/Azaniens und Südwestafrikas/Namibias nicht in einer offiziellen Erklärung Stellung genommen hat. Andererseits haben die hier seit Jahr und Tag federführende Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) wie auch die Vereinten Nationen ihren diplomatisch-politischen Kampf gegen die weißafrikanische Regierung in Pretoria unvermindert und nicht erfolglos fortgesetzt. Auch ist die Bedeutung der im August 1979 von der 22. Commonwealth-Konferenz verabschiedeten »*Lusaka Declaration of the Commonwealth on Racism and Racial Prejudice*« nicht zu unterschätzen. Heißt es doch dort u. a. »... it is the duty of all peoples of the Commonwealth to work together for the total eradication of the infamous policy of apartheid ...«.

1. Zur Haltung von OAU und UN

Die Übernahme der Regierungsverantwortung in Salisbury/Zimbabwe durch

Robert G. Mugabe hat das Engagement der OAU hier nochmals verstärkt. Des weiteren ist zu berücksichtigen, daß die Beschäftigung mit den Konflikten im südlichen Afrika, d.h. das Bemühen um den Sturz der Minderheitsregierung in Pretoria seit langem den Bestand der OAU sicherstellt. Denn deren übrige Leistungsbilanz ist nach wie vor wenig überzeugend: auch der 17. Gipfelkonferenz dieser nach der Aufnahme Zimbabwes 50 Mitglieder umfassenden Organisation in Freetown/Sierra Leone gelang die angesichts der ungelösten Krisen um u. a. die Arabische Demokratische Republik Sahara, Uganda und den Tschad gebotene Schaffung eines Afrikanischen Sicherheitsrates nicht. Die Aufstellung einer allafrikanischen Eingreiftruppe und die Entsendung einer afrikanischen Friedenstruppe in den von Kriegswirren zerrissenen Tschad unterblieben. Die Aufnahme einer »afrikanischen Menschenrechtserklärung« in die OAU-Charta wurde in Freetown wohl nicht einmal ernsthaft debattiert. Und es bleibt abzuwarten, ob die Abhaltung des ersten Wirtschaftsgipfels der OAU (Ende April 1980/Lagos), insbesondere die hier erfolgte Verabschiedung des »*Plan of Action for the Implementation of the Monrovia Strategy for the Economic Development*« wenigstens einen bescheidenen Beitrag zur Meisterung der desolaten wirtschaftlichen Lage vieler afrikanischer Staaten wird leisten können¹.

Erfolge bei der kontinuierlich fortschreitenden politischen Isolierung lassen sich dagegen für die OAU insbesondere angesichts der großen Kooperationsbereitschaft der Vereinten Nationen relativ leicht erzielen. Zu nennen ist hier aus jüngerer Zeit die Ende 1979 in New Delhi vollzogene faktische Ausschließung Südafrikas aus der *International Atomic Energy Agency* (IAEA). Bekanntlich war Südafrika bereits zwei Jahre zuvor statutenwidrig aus dem *Board of Governors* der IAEA ausgeschlossen worden. Einschlägig ist hier ferner die Mitte 1980 beschlossene Einstellung der Kontakte zwischen der Umweltbehörde der Vereinten Nationen (UNEP/Nairobi) und Pretoria. Südafrika wächst so politisch immer mehr in die Rolle eines Paria-Staates hinein. Das wird irgendwann auch im wirtschaftlichen Bereich zu spüren sein. So werden über kurz oder lang in den hier entscheidenden westlichen Staaten auch andere als die Parlamente Schwedens und der Niederlande mehrheitlich die Verhängung selektiver Wirtschaftssanktionen gegen Südafrika fordern². So könnte etwa Frankreich seine Politik entsprechend neu gestalten, um seine Interessen im frankophonen Afrika besser wahren zu können³.

Die Ausweitung des Krieges in der angolanisch-namibianischen Grenzregion Mitte 1980, wie auch die erneuten schweren Unruhen (Juni 1980) in Südafrika/Azania, bieten OAU und UN gute Ansätze zur Fortführung ihrer »Politik

1 Zu der in Lagos gehaltenen Rede des jetzt seit zwei Jahren amtierenden OAU-Generalsekretärs Edem Kodjo s. »jeune Afrique« (Paris) No. 1010 (14. Mai 1980), S. 23–26. Er führte u. a. aus: »L'Afrique est en danger de mort, sa survie est en question... ni l'Afrique se meurt...«. Sehr lesenswert ist »Africa Research Bulletin« (Economic Financial and Technical Series) vol. 17 No. 4 (1980.5), Sp. 5494 A–5496 C. S. weiter Ulrich Meister: »... Hürdenlauf zu einer afrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft« in NZZ vom 4. Mai 1980, S. 12. Vgl. Klaus Frhr. von der Ropp: »Die OAU im internationalen System der mittsiebziger Jahre...«, in »Internationales Afrika-Forum« (München) vol. 11 Nr. 9/10 (1975.9), S. 510–518 (514–515).

2 Zur Sanktions-Debatte jüngst die beiden folgenden wichtigen Arbeiten: Deon Geldenhuys: »Sanctions against South Africa«, Braamfontein, Dezember 1979; SAIRR/SAHA (Hrsg.): »South Africa and Sanctions: Genesis and Prospects«, Johannesburg, 1979 mit dem sehr lesenswerten Beitrag von Deon Geldenhuys: »The Political Prospects for Sanctions – Interaction of International Pressures and Domestic Developments«.

3 S. dazu Klaus Frhr. von der Ropp »Die franko-afrikanischen Beziehungen« in »Aussenpolitik« vol. 25 Nr. 4 (1974.4. Quartal), S. 461–476.

der Befreiung«. Sie erfuhr kürzlich ihren bisher wohl größten Erfolg mit der Entfachung des Flammenmeers über Sasolburg und Secunda, genauer den dortigen Anlagen Sasol I und II zur Kohleverflüssigung, in dem mittelfristig von einem Ölboycott bedrohten Südafrika.

2. Zweifelhafte Reaktionen Pretorias

In Pretoria hat man wohl für kurze Zeit geglaubt, diese Entwicklung durch die im November 1979 von Ministerpräsident P. W. Botha initiierte Schaffung einer »Konstellation von Staaten des südlichen Afrikas« umkehren zu können. Die der übergroßen Mehrheit der weißen Afrikaner eigene Gabe der Selbsttäuschung hat sie befähigt, in der Ausweitung und Vertiefung der bestehenden Zusammenarbeit im wirtschaftlichen, entwicklungspolitischen, landwirtschaftlichen, veterinärmedizinischen, industriellen und monetären Bereich, vielleicht sogar in deren Ergänzung um eine Kooperation auf sicherheitspolitischem Sektor (*»antimarxist bloc«*), eine Möglichkeit zur Beilegung der Konflikte in und um Südafrika zu sehen⁴. Als hätte irgendwann eine Chance bestanden, daß sich Mozambique, Angola, Zaire, Zambia, Malawi und die BLS-Staaten mit den von ihnen nicht anerkannten »unabhängigen« Reservaten (Bantustans/Heimatländer) Venda, Transkei und BophuthaTswana und Apartheid-Südafrika zu einem Bündnis zusammenschließen könnten! Den Verantwortlichen in Pretoria ist doch bekannt, daß die seit Anfang dieses Jahrhunderts zwischen Südafrika und den BLS-Ländern bestehende Zollunion seit 1976 auf zwei Ebenen operieren muß, da sich eben selbst Botswana, Lesotho und Swasiland weigern, mit den genannten Reservaten zusammenzuarbeiten und sie so *incidenter* als souveräne Staaten anzuerkennen. Der außenstehende Beobachter fühlt sich hier 1979/80 an die Dialog- und Détente-Initiativen schwarzafrikanischer Staaten aus den 70er Jahren erinnert, die allesamt an der Unfähigkeit Pretorias zur Revolution von Oben, zur Ersetzung der diktierten durch eine ausgehandelte Ordnung scheiterten.

II. Im Umfeld der Republik Südafrika

Die Frontstaaten Angola, Mozambique, Botswana, Zambia und Tanzania wie auch Zimbabwe, das kürzlich in diese Gruppierung aufgenommen wurde, sind in den letzten Jahren in die Rolle einer Vorhut der OAU zum Sturz der Regierung in Pretoria hineingewachsen. Von daher hat Salisbury seine politischen Beziehungen zu Pretoria abgebrochen⁵. Alle Frontstaaten suchen ferner durch Bildung einer Anti-Konstellation von Staaten ihre wirtschaftlichen Beziehungen zu Südafrika

4 Zu der Initiative P. W. Bothas ebenso kritisch wie überzeugend Deon Geldenhuys und Denis Venter: »A Constellation of States: Regional Cooperation in Southern Africa«, in »International Affairs Bulletin« (Braamfontein) vol. 3 No. 3 (1979.12), S. 36–72. Lesenswert, da kritisch, sind die Beiträge von Hennie Coetzee, Peter C. J. Vale, John Dugard und Marinus Wiechers in Willie Breytenbach (Hrsg.): »The Constellation of States: A Consideration«, Johannesburg, 1980. S. ferner Wolfgang H. Thomas: »A Southern African »Constellation of States: Challenge or Myth?«, in »South Africa International Quarterly« (Johannesburg) vol. 10 No. 3 (1980.1), S. 113–128. – Zu der Idee einer Anti-Konstellation s. »Africa Research Bulletin« (Economic Financial and Technical Series) vol. 17 No. 3 (1980.4), Sp. 5458 A–5459 C.

5 S. dazu die Interviews mit Robert G. Mugabe in »The Star« (Johannesburg) vom 8. April 1980, S. 14 und »Le Monde« (Paris) vom 1. Juli 1980, S. 19, 23. Es hat den Anschein, als werde R. Mugabe dem ANC wie auch PAC in absehbarer Zeit keine Basen zur Verfügung stellen. Die Politik seines Innenministers Joshua Nkomo ist hier vielleicht eine andere. So verlautete, daß seine ZAPU/PF dem ihr ohnehin näherstehenden ANC Stützpunkte in Matabeleland eingeräumt habe. Zum Verhältnis R. Mugabes zu ANC und PAC s. »Post« (Johannesburg) vom 9. April 1980, S. 4.

schrittweise zu lockern und schließlich abzubauen. Es steht zu erwarten, daß in Zukunft *Umkhonto we Sizwe*, der bewaffnete Arm des *African National Congress* (ANC) und die wohl weit weniger wichtigen Streitkräfte des *Pan Africanist Congress* (PAC) verstärkt von den Frontstaaten aus gegen Südafrika operieren werden. Außer den dann zu erwartenden Gegenschlägen der südafrikanischen Streitkräfte werden allerdings die eigenen, vor allem wirtschaftlichen Probleme der obendrein in ihrer Mehrzahl jedenfalls heute noch von Südafrika ökonomisch abhängigen Frontstaaten deren Politik gegenüber Pretoria mitbestimmen. So ist es ausgeschlossen, bereits heute eine Prognose über die Intensität der künftigen Unterstützung der Frontstaaten für die militärischen Aktionen der südafrikanischen Befreiungsbewegungen anzustellen.

1. Nebenschauplätze Zimbabwe und SWA/Namibia

Raumgründe verbieten es, hier die Lage in Zimbabwe wie auch SWA/Namibia näher zu analysieren. Hier wird daher auf die Entwicklungen in beiden Ländern nur sehr cursorisch eingegangen werden.

Die Politik des Ministerpräsidenten Robert G. Mugabe wurde bislang durch eine zuvor kaum vorstellbare Rücksichtnahme auf die Ängste der politisch entmachteten weiß-zimbabwischen Minderheit vor Enteignung und Vertreibung gekennzeichnet. So wurden deren soziale Privilegien, sieht man von der Afrikanisierung eines Teils der Verwaltung ab, bislang kaum angerührt. Erstaunlich auch die zeitweilige Belassung von General P. Walls im Amt des Oberkommandierenden der Streitkräfte wie auch die Entsendung des Leiters des Washingtoner Informationsbüros der (illegalen) Regierung Ian Smith, Kenneth Towsey, als des ersten Gesandten Zimbabwes in die USA. So mag die Stabilität der neuen Regierung heute nicht durch die wirtschaftlich immer noch mächtige weißafrikanische Minderheit bedroht sein. Jedoch drohen ihr andere Gefahren: in Anspielung auf seinen gescheiterten Vorgänger wurde der jetzige Regierungschef auch in den eigenen Reihen verschiedentlich als »Bischof Mugabe« apostrophiert. Des weiteren stellen die vielen Tausend früheren Guerilleros, die nach wie vor in Lagern leben und nie einen zivilen Beruf erlernt haben, die neue Regierung vor schwerste Probleme. Das gilt auch für die nicht ganz kleine Zahl desertierter früherer Guerilleros, die heute als Banditen durch das Land streifen. Schließlich hat es nicht immer den Anschein, als habe sich die bei den Wahlen von Ende Februar 1980 klar unterlegene ZAPU/PF-Partei Joshua Nkomos mit ihrer Niederlage abgefunden⁶. Der Widerstand aus der ZAPU/PF wird sich dann noch erheblich verstärken, sollten die Verantwortlichen in Salisbury heute erst vorsichtig vorgetragene Pläne, Zimbabwe zu einem Einparteistaat zu machen, in die Tat umsetzen.

Die Fünfer-Initiative zur Lösung des SWA/Namibia-Konfliktes erscheint nach wie vor festgefahren. Eine Einigung über die Schaffung einer Entmilitarisierten Zone, wie über die Forderung nach Einrichtung von SWAPO-Basen in SWA/Namibia, ist nach wie vor nicht in Sicht. Dieser Mißerfolg westlicher Diplomatie wird zu den heftigen Angriffen (Mitte 1980) südafrikanischer und südwe-

6 Dazu Klaus Frhr. von der Ropp: »Zimbabwe – eine Chance mit Robert Mugabe« in »Aussenpolitik« vol. 31 Nr. 2 (1980).2. Quartal), S. 167–179.

stafrkanischer Streitkräfte auf SWAPO-Basen in Angola beigetragen haben. Allem Anschein nach stießen die Militärs aus Pretoria und Windhoek dabei nicht nur auf SWAPO-Guerilleros, sondern auch auf reguläre angolische Einheiten. Angola läuft so Gefahr, wie zuvor Mozambique wegen seines Engagements für den Kampf Robert G. Mugabes, durch seine Unterstützung für die *People's Liberation Army of Namibia*, den bewaffneten Arm SWAPOs, ständiges Ziel südafrikanischer Gegenschläge zu sein.

Nach dem Ausgang der jüngsten Parlamentswahlen in Zimbabwe erscheint es noch unwahrscheinlicher, in der Verwirklichung der »internen Lösung« die definitive Lösung des SWA-Namibia-Konfliktes zu sehen. Denn es ist nicht ersichtlich, wie die Machtübernahme durch SWAPO in Windhoek auf Dauer wird verhindert werden können⁷. Dennoch wird die interne Lösung derzeit verstärkt vorangetrieben. So wurde jüngst, aus dem Kreis der Mitglieder der Ende 1978 gewählten Nationalversammlung, ein Ministerrat (Kabinett) berufen. Auf ihn werden zunehmend die Exekutivbefugnisse des von Pretoria eingesetzten Generaladministrators bzw. der früheren südafrikanischen Mandatsmacht übergehen. Diese Entwicklung zeigt die entfernte Möglichkeit an, daß erst der Ausgang der bevorstehenden großen Auseinandersetzung um Südafrika/Azania definitiv über das Schicksal SWAs/Namibias entscheiden wird.

2. Angola, Mozambique, Zambia – unlösbare Probleme?

In der portugiesischen Kolonialzeit wurde im Grunde nur sehr wenig über die Entwicklungen in Angola und Mozambique in der Außenwelt bekannt. Nach 1975 wurde dieser spärliche Nachrichtenfluß zu einem sehr schmalen Rinnsal⁸. Die durch die Vertreibung der portugiesischen Kader geschaffenen wirtschaftlichen Probleme, die Konsequenzen der Verwicklung beider Staaten in die Zimbabwe-bzw. SWA/Namibia-Kriege, die allem Anschein nach auffallend niedrige Qualität der von Kubanern, Osteuropäern und Sowjets geleisteten Entwicklungshilfe, die Fortdauer des von der UNITA getragenen Bürgerkrieges in Süd- und Zentralangola sowie der von der *Resistencia Nacional Mocambicana* zu verantwortenden Unruhen in den Provinzen Manica, Sofala und Tete prägen allem Anschein nach auch weiterhin das Geschehen in den beiden Volksrepubliken. Hinzu kommt – in Mozambique wurde dies Mitte März 1980 von Staatspräsident Samora Machel in einer vielbeachteten Rede scharf angeprangert⁹ – offenbar ein Höchstmaß an Inkompetenz, Ineffizienz, Schlendrian und Korruption der neuen, übermächtigen Bürokratien. Es wird wohl noch viele Jahre in Anspruch nehmen, bis Angolas und Mozambiques Industrie, Bergbau und Landwirtschaft wieder das Produktionsniveau der späten portugiesischen Kolonialzeit erreicht haben werden.

Sollte es aber, was niemanden überraschen würde, zu einer Verschärfung der mili-

7 Auf Mängel bei den Wahlen in SWA/Namibia von Ende 1978 verweist der Beitrag »Elections in Namibia« in »South African Outlook« (Rondebosch) 1978.12, S. 185. Zur Politik einer von der SWAPO gestellten Regierung s. das Interview mit Sam Nujoma »The face of SWA under SWAPO« in »Rand Daily Mail« (Johannesburg) vom 11. April 1980, S. 9.

8 Eine Ausnahme machen hier zwei sehr informative Artikelserien: zu Angola NZZ vom 15./16. Juni 1980, S. 5; vom 19. Juni 1980, S. 5; vom 22./23. Juni 1980, S. 5; vom 27. Juni 1980, S. 5 und vom 3. Juli 1980, S. 5. Zu Mozambique: Benjamin Pogrand in »Rand Daily Mail« (Johannesburg) vom 12. Mai 1980, S. 9; vom 13. Mai 1980, S. 11; vom 14. Mai 1980, S. 10, 11 und vom 16. Mai 1980, S. 11.

9 Dazu »Mozambique/Machel's New War«, in »Africa« (London) No. 105 (1980.5), S. 14–20; vgl. die in Anm. 8 genannten Mozambique-Beiträge.

tärischen Auseinandersetzungen in und um Südafrika kommen, so werden beide Länder unter einer solchen Entwicklung in besonderem Maß zu leiden haben. Der südafrikanische Außenminister Roelof Botha hat hier nach dem Zwischenfall mit aus Mozambique eingedrungenen ANC-Guerilleros in dem kleinen, nahe der mozambiquanisch-südafrikanischen Grenze gelegenen Ort Ingwavuma eine Sprache gesprochen, die wohl diejenige der Zukunft sein wird: er warnte die Regierung in Maputo in einer Protestnote, Südafrika werde, um seine Interessen zu verteidigen, vor keiner Aktion zurückschrecken.

Mit in manchem ähnlichen Problemen könnten sich in Zukunft auch das mit dem Machtwechsel in Zimbabwe geographisch zum Bestandteil des Schwarzen Afrikas gewordene Botswana sowie das durch die Folgen des Zimbabwe-Krieges und, was häufig übersehen wird, durch selbst zu verantwortende große Mißwirtschaft ökonomisch daniederliegende Zambia konfrontiert sehen.

Bei alledem ist ferner zu berücksichtigen, daß Südafrika im Fall einer ernsthaften Bedrohung seiner Existenz das große Repertoire der ihm zur Destabilisierung der Verhältnisse in den Nachbarländern zur Verfügung stehenden Mittel ohne Zaudern und rücksichtslos nutzen wird. Militärisch und ökonomisch ist Pretoria eben nach wie vor weitaus stärker als seine sämtlichen Nachbarn. Und gewiß ist die Regierung auch nicht eines der Frontstaaten so stabil wie die der Weißafrikaner in Pretoria.

III. Südafrika zwischen dem Erfordernis der Revolution von Oben und der Wahrscheinlichkeit der Revolution von Unten

Dennoch stellt sich die Frage, ob Südafrika/Azania im Laufe von 10, 20 oder noch mehr Jahren den Weg Zimbabwes gehen wird. Die Zahl derer, die hier zu einer bejahenden Antwort kommen, steigt nicht nur außerhalb Südafrikas. Anders als die meisten außenstehenden Beobachter vertreten jedoch sehr viele Südafrikaner die Auffassung, daß der Weg zur völligen Machtumkehr in diesem Land durch einen Bürgerkrieg einer ganz neuen Qualität geprägt sein wird. Mit aller Deutlichkeit hat das kürzlich Alan Paton, ein hochausgewiesener Liberaler, in einem Interview mit Gisela Albrecht ausgeführt: Er malte für den Fall, daß das schwarze Südafrika und die Außenwelt für den Mehrvölkerstaat Südafrika an der Formel »one-man-one-vote in einem Staat« festhalten sollten, dessen Auslöschung an die Wand; ähnlich argumentierte Gatsha Buthelezi vor dem *National Council of Churches* in New York: »I know more than most the reality of white power. I know more than most the readiness of whites to scorch the earth in their eleventh hour, and to die in defence of the indefensible«¹⁰. Der Terror der Afrikaner-Weerstandsbewegung (A.W.B.) wird in nichts dem des Gusch Emunim nachstehen. Auch ihre politischen Wurzeln und ihr politischer Rückhalt reichen tief in das politische Establishment hinein. Auch sie wird sich, ohne sonderliche Schwierigkeiten überwinden zu müssen, Waffen aller Art zu beschaffen wissen. Auch die A.W.B. hat schließlich Zugang zu den staatlichen Machtzentren.

10 »Die Zeit« (Hamburg) vom 18. Januar 1980, S. 16. Gatsha Buthelezi: »Christian Perspectives of the Black Liberation Struggle in South Africa«, in »South African Outlook« (Rondebosch) 1979. September, S. 134–138 (137).

In den Außenministerien westlicher Staaten, in denen Südafrika-Politik formuliert wird, sollte man darüber hinaus das folgende nicht übersehen: Der so hervorragende liberale Partei-Vorsitzende Frederick van Zyl Slabbert (PFP) verurteilt den *status quo* in seinem Land ebenso scharf wie Alan Paton und Gatsha Buthelezi. Wie sie, so fordert auch er seit langem eine Umverteilung von politischer Macht und Eigentum. Jedoch besteht auch er, und dies in Opposition zu einer inzwischen sehr großen Zahl schwarzer Südafrikaner, daneben auf einer machtpolitischen Absicherung des Existenzrechtes der weißafrikanischen Nation innerhalb einer neuen politischen Ordnung Südafrikas. Die künftige Entwicklung Zimbabwes wird die Berechtigung dieser Forderung sehr wahrscheinlich unterstreichen. Diejenigen ausländischen Regierungen, die aus Rücksichtnahme auf entgegenstehende Positionen der OAU wie auch des ANC dem nicht Rechnung tragen, werden wenig mehr bewirken, als Südafrika dem Abgrund näher zu bringen.

1. Wandel im Denken der weißen Afrikaner?

Mehr noch als der Zusammenbruch des portugiesischen Imperiums haben die jüngsten Entwicklungen in dem Südafrika mannigfach verbundenen Zimbabwe einen wohl immer noch kleinen, aber alles andere als einflußlosen Teil der weißafrikanischen (insbesondere afrikaansen) Elite verunsichert. Der nahezu religiöse Glaube an die Richtigkeit des vor mehr als 30 Jahren beschrittenen Weges ist erschüttert. Hier werden durchaus Parallelen zum Schicksal des nationalsozialistischen Deutschlands gesehen. Nicht selten wird gar zur Kreuzigung früher bewunderter Afrikaanerführer wie etwa Hendrik F. Verwoerds aufgerufen.

Von Bedeutung ist sicherlich auch die im südafrikanischen Fernsehen in Afrikaans gehaltene Ansprache des früheren rhodesischen Ministers Rowen Cronjé, in der er die in Pretoria Herrschenden warnte, nicht die Fehler von Ian Smith und seinen Wählern zu wiederholen und zu spät zu geringere Änderungen zuzugestehen¹¹.

Bemerkenswert sind in diesem Zusammenhang die um diese Zeit von wichtigen afrikaansen Zeitungen veröffentlichten Aufforderungen an die eigene Regierung, den Dialog mit »den wirklichen, den wahren Führern« der schwarzen und braunen Afrikaner über die politische und wirtschaftliche Zukunft des Landes zu suchen und aufzunehmen¹². Es kann kaum zweifelhaft sein, daß man hier nicht nur N. Motlana (*Committee of Ten*) und G. Buthelezi (INKATHA), sondern auch solche Persönlichkeiten im Auge hatte, die nur dem (illegalen) *African National Congress* (ANC) angehören. Bislang war ja gerade in diesen Medien monoton behauptet worden, die übergroße Mehrheit der Schwarzen habe in freier Wahl die in den Reservaten »Regierenden« zu ihren Führern bestimmt.

Bereits in den zurückliegenden ca. drei Jahren haben sich allerdings bereits zunehmend häufig einflußreiche afrikaanse Journalisten, Hochschullehrer aus Stellenbosch und Potchefstroom wie auch von der Rand Afrikaanse University, Verant-

11 S. »Beeld« (Johannesburg) vom 22. März 1980 (»Doen dit nou, boodskaa aan SA«) und vom 28. März 1980 (»Dis die les, sê Cronjé«).
12 S. u. a. »Beeld« (Johannesburg) vom 4. März 1980 (»Kies nou«) und Louis Oosthuysen: »Witmense weet nog nie hoe swart en bruin dink en voel«, in »Rapport« (Johannesburg) vom 30. März 1980, S. 20. Vgl. damit SAIRR (Hrsg.): »A National Strategy for 1980«, Johannesburg, 1980.

wortliche afrikaanser Großunternehmen, der N G Kerk wie auch der *Nasionale Party van Suid Afrika* usw. mit Mitgliedern INKATHAs, des *Committee of Ten* und vergleichbarer Organisationen wie wohl auch des ANC zu Gesprächsrunden getroffen. Diese Debatten leiden aber daran, daß sie lediglich der Information beider Seiten dienen.

Auch in der zweiten Jahreshälfte 1979, als P. W. Botha nicht müde wurde, einschneidende Reformen (*«adjust or die»*) zugunsten der braunen und schwarzen Südafrikaner anzukündigen, war eigentlich nie ein konkretes Konzept für das neue Südafrika zu erkennen. Man wird Heribert Adam zustimmen müssen, wenn er ausführt: *«Rather than encapsulating itself in a beleaguered fortress, the Afrikaner elite is searching clumsily for possible breakthroughs in any direction»*¹³. Es drängt sich der Verdacht auf, daß viele Afrikaaner nur einmal mehr anstreben, was Heribert Adam¹⁴ bereits vor Jahren treffend als *«Modernizing Racial Domination»* qualifizierte, nicht aber den Durchbruch zu einer neuen Ordnung suchen.

Die Ergebnisse dieses 1979/80 mit gewaltigem Propagandaaufwand angekündigten Modernisierungsprozesses sind bislang außerordentlich bescheiden. So hat die Hennie van der Walt-Kommission, die sich der geographischen und ökonomischen Abrundung der Reservate widmet, bislang keine Pläne vorlegen können. Und die Ergebnisse der mit der Ausarbeitung einer neuen Verfassung für das südafrikanische Kernland betrauten A. Schlebusch-Kommission sind bestenfalls dürftig zu nennen. Denn entsprechend ihren Empfehlungen werden an die Stelle der bisherigen Zweiten Kammer (Senat) ein *President's Council* sowie ein *Black Advisory Council* treten. Dem ersteren sollen von der Regierung ernannte Vertreter der weißen (ca. 17 Prozent der Gesamtbevölkerung), der gemischtrassigen (10 Prozent), der indienstämmigen (ca. 3 Prozent) und der chinastämmigen (ca. 0,03 Prozent!) Afrikaner angehören. Im *President's Council*, der die Regierung wohl in Zukunft anstelle der Schlebusch-Kommission u. a. in Verfassungsfragen beraten wird, werden die schwarzen Südafrikaner (über 70 Prozent der Gesamtbevölkerung) nicht vertreten sein. Für sie wurde der *Black Advisory Council* geschaffen. Seine Funktion wird nur die der Beratung des *President's Council* sein. Der Weg von »Westminster nach Southminster« (Zalman Press) hat mithin einmal mehr zur Schaffung von Gremien geführt, die überhaupt keine Entscheidungsgewalt haben werden. Von den Nicht-Weißen wird außer Quislingen niemand in ihnen mitarbeiten.

Das bisherige Scheitern der Reformpläne ist wohl wesentlich auf den massiven Widerstand von seiten überaus starker reaktionärer Kreise innerhalb der Regierungspartei zurückzuführen¹⁵. Es mag sein, daß hier in Zukunft verligte Militärs¹⁶

13 Heribert Adam: »Survival Politics: In Search of a New Ideology«, S. 128–144 in Heribert Adam und Hermann Giliomee: »Ethnic Power Mobilized/Can South Africa Change?« New Haven and London, 1979. Vgl. Benjamin Pogrand in »Rand Daily Mail« (Johannesburg) vom 20. März 1980 (*«PW and BJ – the same bars»*) und vom 21. März 1980 (*«Waiting for Nat change»*).

14 So der englische Titel seines Buches: »Südafrika – Soziologie einer Rassengesellschaft«, Frankfurt, 1969. Vgl. damit das Interview mit P. W. Botha in »Le Monde« (Paris) vom 1. Juli 1980, S. 19, 23. S. weiter G. C. Olivier: »Conflict regulation in South Africa: options open to the Afrikaner power establishment«, in »Politikon« (Pretoria) vol. 6 No. 1 (1979.6), S. 3–12.

15 Auf die in diesem Kontext häufig gestellte Frage, ob sich die NP ihrem Charakter als *volksbeweging* zum Trotz wegen ihrer inneren Gegensätze spalten werde, gibt André du Toit eine eher negative Antwort in »Rand Daily Mail« (Johannesburg) vom 23., 24., 25. und 26. Juni 1980.

16 Zu deren bereits heute großem Einfluß Caryle Murphy in »Washington Post« vom 30. Mai 1980, S. 20 und John Seiler: »SA response to External Pressure« in »International Affairs Bulletin« (Braamfontein) vol. 3 No. 1 (1979.6), S. 7–14 6(10–11).

an Einfluß gewinnen und das durchsetzen werden, woran Zivilisten bislang scheiterten: die Etablierung eines Systems institutionalisierter Machtteilung unter den verschiedenen Bevölkerungsgruppen. Sollte ein solches neues Herrschaftssystem überhaupt nicht oder aber zu spät eingeführt werden oder aber sich in der Praxis nicht bewähren, so werden die Diskussionen um eine radikale Teilung Südafrikas in einen größeren schwarzen Staat (Azania) und einen erheblich kleineren weiß/braunen Staat (Südafrika) auch auf offener Bühne geführt werden¹⁷. Bislang geschieht dies auch aus der Furcht heraus nicht, daß die Befürworter solcher Vorstellungen anderenfalls als »verraaier« (Verräter) gebrandmarkt und damit sozial isoliert werden. Die von dem sehr regierungsnahen SA Bureau of Racial Affairs Mitte 1980 gestartete Initiative zur Schaffung eines weißen Heimatlandes (»Projek Oranje«) sollte aber deutlich machen, daß hier die letzte *fall-back*-Position der weißen Afrikaner zu suchen ist.

2. Zur Revolte der braunen Afrikaner

Möglicherweise hat das Jahr 1980 den endgültigen Zusammenbruch des den gemischtrassigen (indienstämmigen) Südafrikanern von Pretoria oktroyierten Systems der »Parallelen Entwicklung« gebracht. Darauf deutet jedenfalls die von ihnen herbeigeführte Auflösung des *Coloured Persons' Representative Council*, einer Art Parlament ohne definitive Entscheidungsgewalt, hin. Die Schulboykotts, Streiks und Aufstände im West-Kap, weitgehend eine Wiederholung der allerdings viel blutiger verlaufenen Auseinandersetzungen von 1976/77, sollten gleichfalls klarstellen, daß alle Reformansätze aus jüngerer Zeit das Verhältnis zwischen Weiß und Braun nicht gebessert haben. Es ist nach wie vor nicht weniger problematisch als das zwischen Braun und Schwarz. Gleichwohl soll auf diese Konflikte hier nicht näher eingegangen werden. Denn ihr Ausgang wird durch Verlauf und Ergebnisse des Hauptkonfliktes, des zwischen weißen und schwarzen Afrikanern, mitentschieden werden.

3. Einige Entwicklungen im schwarzen Südafrika

Alle Diskussionen um eine gewisse Liberalisierung der bestehenden Ordnung, auch jene um die Einführung eines Systems der Machtteilung oder über eine radikale Teilung des Landes, stoßen bei den schwarzen Südafrikanern heute nur noch auf sehr geringes Interesse¹⁸. Ihre Vorstellungen, jedenfalls die ihrer Sprecher, las-

17 Dazu Alfred Hoernlé in »Race Relations« (Johannesburg) vol. 3 No. 1 (1936.2), S. 14–21. Diese Gedanken wurden in einigen teils in Südafrika nachgedruckten Beiträgen in der »Außenpolitik« fortentwickelt: 1975/Heft 1, S. 56–72 (72); 1977/Heft 4, S. 437–454 (448–450); 1979/Heft 2, S. 221–237 (234–236); 1980/Heft 1, S. 101–116 (111–115) und vor allem 1976/Heft 3, S. 308–324 mit jeweils weiteren Literaturangaben. Der letztere Artikel wurde weitergeführt: Klaus Frhr. von der Ropp in »Die Zeit« (Hamburg) vom 20. Juli 1979, S. 14: »Teilt Südafrika/Nationale Selbstbestimmung und Minderheitenschutz...«. Aus einer »verkrampften« Perspektive kritisiert diesen Beitrag Rudolf Gruber in »South Africa International Quarterly« (Johannesburg) vol. 10 No. 3 (1980.1), S. 168–169. Anders Gavin Maasdorp »Forms of Partition«, S. 107–146 in Robert I. Rotberg und John Barrat, »Conflict and Compromise in South Africa«, Lexington/Toronto. Ferner Colin Legum (Hrsg.): »Africa Contemporary Record, Annual Survey and Documents 1977/78«, New York and London, S. B 885–B 886; Heribert Adam: »Three Perspectives on the Future of South Africa« in »International Journal of Comparative Sociology« (Leyden) vol. 20 No. 1–2, S. 122–136 (135–136); Newell M. Stultz: »Transkei's Half Loaf/Race Separatism in South Africa«, New Haven and London, 1979, S. 5–14; 130–137.

18 S. etwa Nthato Motlana in »Frontline« (Braamfontein) 1980. Februar, S. 7, 8. Viel deutlicher in einer späteren Ausgabe von »Frontline«, nachgedruckt in »The Star/International Airmail Weekly« (Johannesburg) vom 5. Juli 1980, S. 9. – Zum Denken schwarzer Südafrikaner s. aus jüngster Zeit statt aller anderen Arbeiten Lawrence Schlemmer: »Political Alternatives for the Ciskei: Political Attitudes and Values among Xhosa-speaking Africans of Ciskeian Origin or Residence«, S. 177–300 in »The Quail Report« (Silverton/Pretoria), Februar 1980.

sen an Eindeutigkeit nichts zu wünschen übrig: Sie fordern den unitarischen Staat, m.a.W. »one Azania, one Nation«, ohne einen besonderen Schutz für Minderheiten. Rückfallpositionen, Kompromißformeln (d.s. Systeme der Machtteilung, radikale Teilung usw.) werden hier und da für möglicherweise akzeptabel erklärt, stoßen jedoch bei den vielen Schwarzen, die sich ihrer Macht bewußt geworden sind, in der Regel auf unerbittlichen Widerstand. Ein wohl auf Wunschenken basierender, verbreiteter Irrglaube ist, daß die Forderungen der in den Reservaten lebenden Schwarzen gemäßiger seien. Dabei wird übersehen, daß die überaus große, häufig strukturelle Arbeitslosigkeit wie auch die Existenz sog. Umsiedlerlager in den Reservaten längst eine Radikalisierung auch dieser schwarzen Südafrikaner bewirkt haben. Der später gebannte Franziskaner-Pater Cosmas Desmond hat bereits vor fast einem Jahrzehnt das Elend in diesen Lagern, in die »unproduktive« oder »nicht mehr produktive« Arbeitskräfte wie Abraam abgeschoben werden, beschrieben¹⁹. Hier bedarf es keiner politischen Agitation, um junge Menschen illegal die Grenzen zu den schwarzen Nachbarstaaten überschreiten und, als angehende Guerilleros, dem ANC oder PAC beitreten zu lassen. Bekanntlich kam es Mitte 1980 so auch in dem »unabhängigen« Reservat Transkei zu überwiegend wohl vom ANC getragenen Unruhen, zu Brandstiftungen und Streiks. Die Regierung in Umtata sah sich damals gezwungen, den Ausnahmezustand über das Land zu verhängen.

Auch die Veröffentlichung des Berichtes der P. Cillie-Kommission²⁰ über die Ursachen der Unruhen von 1976/77 sollte eines abschließend klargestellt haben: solange in Südafrika Apartheid (incl. der sog. *groot Apartheid!*) existiert, wird dieses Land nicht mehr zur Ruhe kommen.

Auffallend ist im Südafrika des Jahres 1980 die Offenheit, mit der schwarze Südafrikaner ihre Sympathien für den ANC und, in viel geringerem Maße, für den PAC erkennen lassen. Deutlich wird dies in den schwarzen Vorstädten etwa gelegentlich der Beerdigung von Persönlichkeiten, die sich im Ringen um die Befreiung der Schwarzen hervorgetan haben. Eine hervorragende Rolle spielen hier auch solche Geistlichen, die der schwarzen Tochterkirche (*sendigskerk*) der N G Kerk angehören. So wurden etwa beim Begräbnis der über 15 Jahre gebannten ANC-Aktivistin Lillian Ngoyi (*»heroine of our time«*) in Orlando East viele Flaggen des ANCs mitgeführt; auch ihr Sarg war mit einer solchen schwarz-grün-goldenen Fahne bedeckt. Ferner wurde am Grab der Verstorbenen u. a. eine Botschaft des seit 16 Jahren auf der Gefangenen-Insel Robben Island inhaftierten, eine lebenslängliche Freiheitsstrafe wegen Hochverrats verbüßenden Nelson Mandela verlesen. In vielem ähnlich gestaltete sich die Beerdigung von drei ANC-Sympathisanten, die nach einem von Geiselnahmen begleiteten Überfall auf eine Bank in Silverton/Pretoria von der Polizei erschossen worden waren. Im Trauerzug war immer

19 Cosmas Desmond: »The Discarded People/an Account of African Resettlement in South Africa«, Middlesex, 1971; weiter Gerry Maré: »African Population Relocation in South Africa«, Johannesburg, 1980. Weiter »Sash« (Johannesburg) 1980, Februar, S. 5–7; 11–13 »The Emergency Report/The fuse burns shorter« – dort sind von Schwarzen angestellte Berechnungen aufgeführt, nach denen sie durch die illegale Annahme einer Tätigkeit im »weißen« Südafrika ihre Jahresemkünfte selbst dann um ein Vielfaches steigern können, wenn sie dessentwegen (Verstoß gegen die Paßgesetze) alljährlich eine mehrmonatige Haftstrafe verbüßen müssen.

20 Dazu »Beeld« (Johannesburg) vom 1. März 1980, S. 1, 2, 6 und 7 und »Rand Daily Mail« (Johannesburg) vom 1. März 1980, S. 1, 4, 5 und 6.

wieder die Parole zu hören: » *They were no criminals, they are our heroes!* «. Schließlich ist nicht zu übersehen, daß die in Erinnerung an den 16. Juni 1976 (»Soweto«) ausgerufenen politischen Streiks in einigen Industrieunternehmen im Raum Uitenhage/Port Elizabeth (Ost-Kap) vom ANC organisiert wurden. Wichtig ist schließlich, daß die Gespräche Gatsha Buthelezis, des Präsidenten der mitgliedstärksten schwarzen Gruppierung des Landes (INKATHA)²¹ mit Verantwortlichen des ANC (November 1979 in London) wie auch eine Reihe von Äußerungen von ANC-Offiziellen erkennen lassen, daß beide Organisationen einander sehr viel näherstehen, als dies etwa in Kreisen der Anti-Apartheid-Bewegungen oft angenommen wird.

Nicht zu beantworten ist die sehr wichtige Frage, wie der ANC heute ideologisch einzuordnen ist. Es fehlt für den ANC an einer Studie in der Art, wie Rainer Büren²² sie kürzlich zur politischen Kultur der Palästinenser vorgelegt hat. Es heißt aber, daß die Auseinandersetzungen zwischen Marxisten und Nationalisten selbst in den Zellen von Robben Island zu tätlichen Auseinandersetzungen führen. Wer heute mit jungen schwarzen Südafrikanern spricht, stößt allerdings häufig, obwohl der PAC vom Organisatorischen her wohl kaum mehr als ein Schattendasein führt, auf schwarzen Rassismus²³. Es grenzte an ein Wunder, wäre diese Haltung heute nicht auch im ANC sehr weit verbreitet.

Wohl unausrottbarer, heute durch Furcht und Verunsicherung gesteigerter weißer Rassismus hat auch den schwarzen Rassismus zu einem zentralen Machtfaktor werden lassen! Es fehlt letztlich immer noch an jeder fruchtbaren Kommunikation zwischen den Bevölkerungsgruppen. Selbst in *Black Sash*, einer radikalen Hilfeorganisation für Schwarze, sind weniger als 1 Prozent der Mitglieder schwarz! Symptomatisch erscheint auch das Anfang 1980 in Hammanskraal diskutierte Vorhaben schwarzer südafrikanischer Christen (Anglikaner, Methodisten, Katholiken, also allesamt aus integrierten Kirchen!) eine eigene, eine »Bekennende Kirche« zu gründen²⁴. Natürlich wurde mit dieser Namenswahl sehr bewußt an den Kirchenkampf während des Dritten Reiches in Deutschland angeknüpft. Die Polarisierung zwischen Schwarz und Weiß ist eben nahezu vollständig. Eine integrierte Gesellschaft wird sich, um das eingangs zitierte Interview mit Alan Paton nochmals zu verwenden, nur um den Preis von Millionen von Todesopfern erzielen lassen. In Südafrika, und wohl nicht nur dort, sind die Erste und die Vierte Welt außerstande, in einem Staatswesen miteinander zu leben.

21 Zu INKATHA sehr informativ Lawrence Schlemmer: »The Stirring Giant: Observation of the Inkatha and other Black Political Movements in South Africa«, in Robert M. Price and Carl G. Rosberg (Hrsg.): »The Apartheid Regime. Political Power and Racial Domination«, Berkeley, 1980. S. weiter Ann Bernstein: »Inkatha Yesizwe«, in »Sash« (Johannesburg) 1978. Februar, S. 9–12. Vgl. die Äußerungen Oliver Tambos zu INKATHA in »New African« (London) 1980, März, S. 59–60 (60). Für PAC hingegen ist G. Buthelezi nach wie vor eine Marionette Pretorias; s. etwa »Azania News« (Dar-es-Salaam) vol. 14 No. 1–4 (1979.1–4), S. 5. Zum Verhältnis INKATHAS und des ANCs zueinander s. jüngst den sehr wichtigen Beitrag von Robert von Lucius in FAZ vom 18. Juli 1980, S. 5,6 (»Zwischen Resignation und Militanz«).

22 »Ein Palästinensischer Teilstaat?/Zur internen, regionalen und internationalen Dimension«, Stiftung Wissenschaft und Politik, Ebenhausen/München, 1979. – Aus marxistischer Sicht: No Sizwe: »One Azania, one Nation/The National Question in South Africa«, London, 1979.

23 Es hat derartige Tendenzen im schwarz-südafrikanischen Widerstand immer gegeben: Vgl. etwa »MALUTI« (London) vol. 2 (1978) Nos. 2 & 3, S. 3–10. Tom Lodge: »Black opposition: a historical perspective«, in »Sash« (Johannesburg) 1978. November, S. 13–17 (S. 13) spricht von einem »separatist consciousness«.

24 Dazu »Beeld« (Johannesburg) vom 15. Februar 1980: Rykie van Reenen: »Frustrasie kan lei tot eie kerk«. Vgl. in diesem Kontext Allan Boesak: »The Black Church and the Future«, in »South African Outlook« (Rondebosch) 1979. Juli, S. 101–104. S. weiter G. C. Oosthuizen: »Die Herausforderung der Schwarzen Theologie für die weißen Kirchen Südafrikas« in »Zeitschrift für Mission« (Korntal/Basel) vol. IV. Nr. 2 (1978), S. 70–82.